

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes**

**Einbringer:** **Landesregierung**

**(Drucksache 7/5550)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 14. November 2022

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Zur Beschleunigung von Raumordnungsverfahren wurde mit Artikel 5 des Gesetzes zur Beschleunigung von Investitionen vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) das Raumordnungsgesetz (ROG) durch den Bundesgesetzgeber mehrfach geändert. Diese Änderungen, die insbesondere auch das in § 15 ROG geregelte Raumordnungsverfahren betreffen, traten überwiegend am 9. Juni 2021 in Kraft. Insbesondere Planungsverfahren und damit auch Investitionen sollen beschleunigt werden, um einen Beitrag zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie zu leisten.

Während der COVID-19-Pandemie wurde deutlich, dass Planungsverfahren durch diese teilweise empfindlich gestört wurden. Daher wurden durch den Bundesgesetzgeber mit dem Planungssicherungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der jeweils geltenden Fassung Regelungen geschaffen, mit denen übergangsweise Möglichkeiten zur Verfügung stehen, Planungsverfahren während der COVID-19-Pandemie fortzuführen.

Mit der Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2012 (GVBl. S. 450) in der jeweils geltenden Fassung soll auf die vorstehend genannten Gesetzesänderungen reagiert werden; insbesondere sollen die Regelungen an die Änderungen im Raumordnungsgesetz angepasst werden. Zudem soll vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und der diesbezüglich entsprechenden Übergangsregelungen nach dem Planungssicherungsgesetz ein grundsätzlicher Fokus auf Bekanntmachungen im Internet gelegt werden.

Die weitere Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen in Thüringen reagiert dabei nicht nur auf pandemiebedingte Einschränkungen und beugt künftigen Störungen durch solche vor, sondern schafft auch einen zusätzlichen zeitgemäßen Informationszugang. Hierdurch kann mehr Transparenz in den Planungsverfahren geschaffen werden.

### **B. Lösung**

Erlass eines Änderungsgesetzes

### **C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Es wird von einer Kosteneinsparung bei der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Aufstellung von Raumordnungsplänen und im Rahmen von Raumordnungsverfahren ausgegangen. Raumordnungspläne werden in großen Zeiträumen geändert, so dass die Kosteneinsparungen als gering bis vernachlässigbar anzusehen sind. Gleiches gilt für Raumordnungsverfahren, die ebenfalls sehr selten sind.

Demgegenüber stehen mögliche Mehrkosten für die elektronische Behandlung der entsprechenden Unterlagen. Auch diese können jedoch nicht beziffert werden und sind ebenfalls als gering bis vernachlässigbar anzusehen.

Insgesamt werden die Änderungen des Thüringer Landesplanungsgesetzes daher als kostenneutral angesehen.

**E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.



**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 31. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen  
Entwurf des

"Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Landesplanungs-  
gesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am  
8./9./10. Juni 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Das Thüringer Landesplanungsgesetz vom 11. Dezember 2012 (GVBl. S. 450), geändert durch Artikel 44 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 1 bis 3 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:

"Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Raumordnungsplans einschließlich der Begründung sowie im Falle einer Umweltprüfung auch des Umweltberichts und weiterer, nach Einschätzung der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle zweckdienlicher Unterlagen erfolgt abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 2 und 5 ROG für die Dauer von zwei Monaten auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle sowie bei der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle. Die öffentliche Bekanntmachung nach § 9 Abs. 2 Satz 3 ROG erfolgt mindestens eine Woche vor Beginn der öffentlichen Auslegung auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle sowie im Thüringer Staatsanzeiger."

bb) Der neue Satz 7 wird aufgehoben.

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Stellungnahmen der in ihren Belangen betroffenen öffentlichen Stellen und der im Planungsbeirat vertretenen Institutionen sind abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 5 ROG durch Mitteilung der Internetadresse und der Dauer der Anhörung nach Absatz 3 einzuholen; die Mitteilung erfolgt im Wege der elektronischen Kommunikation, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet hat. Die für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständige Stelle hat der betroffenen Stelle auf deren Verlangen einen Entwurf des Raumordnungsplans und der Begründung in Papierform zu übermitteln. Die nach Absatz 2 Satz 1 gesetzte Frist bleibt unberührt."

2. In § 4 Abs. 4 Satz 2 werden nach dem Wort "Landesentwicklungsprogramm" die Worte "abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten der Landesplanungsbehörden sowie" eingefügt.

3. § 5 Abs. 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach dem Wort "Staatsanzeiger" die Worte "sowie abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten des Trägers der Regionalplanung" eingefügt.

- b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Bei der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplan abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten des Trägers der Regionalplanung sowie bei dem Träger der Regionalplanung eingesehen werden kann."

4. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Abweichend von § 15 Abs. 2 Satz 2 ROG sind die Verfahrensunterlagen vom Träger der Planung oder Maßnahme in einem verkehrsüblichen elektronischen Format einzureichen."

- b) In Absatz 2 werden das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Umfang" die Worte "und die Form" eingefügt.

- c) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort "schriftlich" gestrichen.

- d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte "Veranlassung der oberen Landesplanungsbehörde von den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirkt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Zugang der Unterlagen bei der Gemeinde" durch die Worte "den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde" und die Worte "zur Einsicht auszulegen" durch die Worte "zu veröffentlichen" ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte "Zeit der Auslegung" durch die Worte "Dauer der Veröffentlichung" ersetzt und nach dem Wort "Gemeinden" ein Komma und die Worte "in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirkt," eingefügt.

cc) In Satz 3 werden die Worte "in schriftlicher Form oder zur Niederschrift" gestrichen.

dd) In Satz 4 werden die Worte "die vorgebrachten" durch die Worte "ihnen gegenüber vorgebrachte" ersetzt.

- e) In Absatz 5 wird das Wort "ergänzend" gestrichen.

- f) In Absatz 8 Satz 2 werden die Worte "in den Gemeinden nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 einen Monat zur Einsicht auszulegen" durch die Worte "auf den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde zu veröffentlichen" ersetzt.

5. § 15 Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Die Beschlüsse der Regionalen Planungsgemeinschaften sind einschließlich der zugehörigen Anlagen unverzüglich auf den Internetseiten der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft zu veröffentlichen und können bei der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft eingesehen werden."

6. In § 18 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.

#### **Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Mit diesem Änderungsgesetz erfolgt eine Anpassung an durch das Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geänderte Regelungen des Raumordnungsgesetzes (ROG).

Zudem werden Planungsverfahren durch einen verstärkten Fokus auf internetbasierte Beteiligungs- und Bekanntmachungsschritte beschleunigt und zeitgemäß vereinfacht. Hierdurch wird ein Beitrag zur weiteren Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen in Thüringen geleistet. Durch eine weitere Digitalisierung werden diese Verfahren gleichzeitig weniger anfällig für Störungen durch pandemiebedingte Einschränkungen.

**B. Zu den einzelnen Bestimmungen****Zu Artikel 1**

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Bisher erfolgte die öffentliche Auslegung des Entwurfs von Raumordnungsplänen für das Landesentwicklungsprogramm bei den Landesplanungsbehörden, Landkreisen und kreisfreien Städten, für den Regionalplan bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren. Zusätzlich sollte die öffentliche Auslegung des jeweiligen Raumordnungsplanentwurfs im Internet erfolgen.

Diese bisherige Soll-Vorschrift ist nun eine Muss-Vorschrift. Hierin besteht eine Abweichung von § 9 Abs. 2 Satz 5 ROG, welcher die Nutzung elektronischer Informationstechnologien bisher lediglich ergänzend vorsieht. Die Abweichung wird durch Nennung des § 9 Abs. 2 Satz 5 ROG verdeutlicht und stützt sich auf die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes.

Die öffentliche Auslegung im Internet, welche bisher bereits ergänzend praktiziert wurde, erleichtert die Einsichtnahme in effektiver und zeitgemäßer Weise. Der Einsichtnahme im Internet dürfte bereits bisher die weitaus größere praktische Bedeutung zugekommen sein. Angesichts dieser praktischen Bedeutung wird die nunmehr verpflichtende öffentliche Auslegung im Internet zuerst genannt.

Der Begriff der Auslegung im Internet greift die bisherige Formulierung in § 3 Abs. 2 Satz 2 und diejenige in § 9 Abs. 2 ROG auf.

Die Möglichkeit einer physischen Einsichtnahme vor Ort entfällt jedoch nicht. Diese Möglichkeit wird weiterhin beibehalten. Neben der Einsichtnahme auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle kann die Einsichtnahme vor Ort erfolgen. Diese Einsichtnahme vor Ort erfolgt zukünftig nicht mehr bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und gegebenenfalls Mittelzentren, sondern bei der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle selbst.

Der Verzicht auf eine öffentliche Auslegung bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und gegebenenfalls Mittelzentren verringert den bürokratischen Aufwand, der auch in der bisherigen Praxis nicht mehr in angemessenem Verhältnis zu dem dadurch erzielten Nutzen gestanden haben dürfte.

Die öffentliche Auslegung erfolgt wie bisher abweichend von § 9 Abs. 3 Satz 2 ROG für die Dauer von zwei Monaten. Soweit der Beginn der Auslegung im Internet und vor Ort zeitlich auseinanderfällt, ist ein zweimonatiger paralleler Auslegungszeitraum sicherzustellen.

Es steht der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle darüber hinaus frei, weitere Informationsangebote zu schaffen, soweit die Möglichkeiten der Einsichtnahmen im Internet und vor Ort von ihr nicht als ausreichend erachtet werden sollten. Denkbar wären beispielsweise die Versendung der Unterlagen auf Anfrage, Informationen in den nichtamtlichen Teilen der Amtsblätter der in der Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften oder die Bereitstellung öffentlich zugänglicher Lesegeräte.

Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung erfolgt zukünftig auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle. Daneben erfolgt sie weiterhin im Thüringer Staatsanzeiger. Die bisherige öffentliche Bekanntmachung der Auslegung durch Landkreise, kreisfreie Städte und gegebenenfalls Mittelzentren in der nach deren Hauptsatzung festgelegten ortsüblichen Form, das heißt in der Regel im Amtsblatt, entfällt. Dies bedeutet den Abbau bürokratischer Hürden, die im Einzelfall - je nach Erscheinungsterminen der jeweiligen Amtsblätter - zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen der Planungsprozesse führen konnten.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt weiterhin mindestens eine Woche vor Beginn der öffentlichen Auslegung. Die Ergänzung der Worte "Beginn" und "öffentlichen" dient lediglich der sprachlichen Präzisierung. Maßgeblich für den Beginn der öffentlichen Auslegung ist der Beginn des oben genannten zweimonatigen parallelen Auslegungszeitraums.

Eine begleitende Information in den nicht amtlichen Teilen der Amtsblätter ist weiterhin möglich und empfehlenswert. Eine weitergehende Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemitteilungen der Regionalen Planungsgemeinschaften bleibt ebenfalls weiterhin möglich und wird empfohlen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Im bisherigen Satz 8 war geregelt, dass öffentliche Auslegungen und deren Bekanntmachung auf Teile der Planungsregion beschränkt werden können. Hintergrund war die bisherige öffentliche Auslegung bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und gegebenenfalls Mittelzentren. Da diese zukünftig entfällt, verbleibt für diese Regelung kein Anwendungsbereich mehr. Die Aufhebung ist Folge der Änderungen nach Doppelbuchstabe aa.

Zu Buchstabe b

Der bisher geltende Satz 1 des Absatzes 4, der für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Absatz 2 und die Behördenbeteiligung nach Absatz 3 eine ergänzende Nutzung elektronischer Informationstechnologien vorsah, wurde in die Neufassung des Absatzes 4 nicht übernommen. Elektronische Informationstechnologien sind nach der Neufassung des Ab-

satzes 2 und der Verweisung darauf in Absatz 3 Satz 1 abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 5 ROG nicht mehr nur ergänzend, sondern verpflichtend zu nutzen. Adressat dieser Pflicht sind die für die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zuständigen Stellen. Dies entspricht bereits der bisherigen Praxis.

Damit ist keine Verpflichtung der Öffentlichkeit oder zu beteiligender Stellen verbunden, sich ausschließlich elektronischer Informationstechnologien zu bedienen. Die Abgabe schriftlicher Stellungnahmen bleibt weiterhin möglich.

Der Entwurf des Raumordnungsplans und die Begründung sowie im Falle einer Umweltprüfung auch der Umweltbericht und weitere, nach Einschätzung der für den Raumordnungsplan zuständigen Stelle zweckdienliche Unterlagen werden nach Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1 durch die Übermittlung der Internetadresse zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Verpflichtung, einer auf elektronischem Wege beteiligten Stelle die entsprechenden Unterlagen in Papierform zur Verfügung zu stellen, bleibt erhalten. Die Worte "in Papierform" sind zur Klarstellung ergänzt. § 21 des Thüringer E-Government-Gesetzes bleibt davon unberührt.

Zu Nummer 2

Das Landesentwicklungsprogramm ist zusätzlich zur bisherigen Möglichkeit zur Einsichtnahme bei den Landesplanungsbehörden, das heißt bei dem Landesverwaltungsamt und dem für die Landesplanung zuständigen Ministerium auf deren Internetseiten bereitzustellen. Hierauf ist bei der Bekanntmachung entsprechend hinzuweisen.

Nach § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG ist bei der Bekanntmachung oder Verkündung von Raumordnungsplänen sowie bei der Bereithaltung von Raumordnungsplänen und von Unterlagen vorgesehen, dass elektronische Informationstechnologien ergänzend genutzt werden sollen. Deren Nutzung wird landesrechtlich verpflichtend vorgegeben. Diese Abweichung wird durch Nennung des § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG verdeutlicht und stützt sich auf die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die Bekanntmachung der Genehmigung des Regionalplans erfolgt zukünftig im Thüringer Staatsanzeiger und auch auf den Internetseiten der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft. Dies entspricht der bereits herrschenden Praxis.

Die Bekanntmachung ist erfolgt, wenn sowohl die Bekanntmachung im Thüringer Staatsanzeiger als auch diejenige auf den Internetseiten der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft erfolgt ist.

Nach § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG ist bei der Bekanntmachung oder Verkündung von Raumordnungsplänen sowie bei der Bereithaltung von Raumordnungsplänen und von Unterlagen vorgesehen, dass elektronische Informationstechnologien ergänzend genutzt werden sollen. Deren Nutzung wird landesrechtlich verpflichtend vorgegeben. Diese Ab-

weichung wird durch Nennung des § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG verdeutlicht und stützt sich auf die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes.

Zu Buchstabe b

Die Möglichkeit, den Regionalplan einzusehen, besteht nicht mehr bei den zur Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften, sondern stattdessen auf den Internetseiten der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft. Zudem bleibt eine physische Einsichtnahme bei der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft möglich. Hierauf ist bei der Bekanntmachung hinzuweisen.

Nach § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG ist bei der Bekanntmachung oder Verkündung von Raumordnungsplänen sowie bei der Bereithaltung von Raumordnungsplänen und von Unterlagen vorgesehen, dass elektronische Informationstechnologien ergänzend genutzt werden sollen. Deren Nutzung wird landesrechtlich verpflichtend vorgegeben. Diese Abweichung wird durch Nennung des § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG verdeutlicht und stützt sich auf die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Nach § 15 Abs. 2 Satz 2 ROG sollen die Verfahrensunterlagen in einem elektronischen verkehrsüblichen Format eingereicht werden. Aus dieser bundesrechtlichen Soll-Vorschrift wurde landesrechtlich eine Muss-Vorschrift und so der elektronischen Datenverarbeitung ein noch höheres Gewicht verliehen.

Diese Abweichung wird durch Nennung des § 15 Abs. 2 Satz 2 ROG verdeutlicht und stützt sich auf die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes.

Zu Buchstabe b

Neben dem Umfang ist auch die Form, das heißt insbesondere auch das elektronische verkehrsübliche Format im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 zu erörtern.

Zu Buchstabe c

Das Schriftformerfordernis war zu streichen. Es stand im Widerspruch zur elektronischen Form, welche nach Absatz 5 in Verbindung mit § 15 Abs. 3 Satz 4 ROG verwendet werden soll.

Zu Buchstabe d

Zu den Doppelbuchstaben aa und bb

Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zu Raumordnungsverfahren werden elektronische Informationstechnologien eingesetzt. Statt der bisherigen Auslegung der Unterlagen zur Einsicht bei den betroffenen Gemeinden erfolgt zukünftig eine Veröffentlichung auf den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde. Dies stellt eine Anpassung an § 15 Abs. 3 Satz 2 ROG dar. Der Begriff der Veröffentlichung statt dem bisherigen Begriff der Auslegung greift die Formulierung nach § 15 Abs. 3 Satz 2



ROG auf. In der Sache besteht zwischen einer Auslegung im Internet, vergleichende Ausführungen zu Nummer 1 Buchst. a Doppelbuchst. aa, und einer Veröffentlichung kein Unterschied.

Nach § 15 Abs. 3 Satz 6 und 7 ROG sind dabei vom Landesverwaltungsamt andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten, beispielsweise die Versendung von Unterlagen auf Anfrage oder öffentlich zugängliche Lesegeräte, zu prüfen und gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen.

Über die Veröffentlichung erfolgt weiterhin eine ortsübliche Bekanntmachung. Die Formulierung "Ort und Dauer der Veröffentlichung" greift die Formulierung nach § 15 Abs. 3 Satz 4 ROG auf. In der Bekanntmachung ist nach § 15 Abs. 3 Satz 7 ROG auf etwaige zusätzliche Informationsangebote in vorstehendem Sinne hinzuweisen.

Zu den Doppelbuchstaben cc und dd

Die Formvorschriften waren zu streichen. Sie standen im Widerspruch zur elektronischen Form, welche nach Absatz 5 in Verbindung mit § 15 Abs. 3 Satz 4 ROG verwendet werden soll.

Sollten gegenüber den Gemeinden Stellungnahmen abgegeben werden, so leiten diese sie wie bisher weiter.

Zu Buchstabe e

Das Wort "ergänzend" wurde in § 15 Abs. 3 Satz 4 ROG gestrichen, so dass die Formulierung entsprechend anzupassen war.

Zu Buchstabe f

Die landesplanerische Beurteilung ist zukünftig elektronisch zu veröffentlichen statt wie bisher bei den Gemeinden zur Einsicht auszulegen. Es ist davon auszugehen, dass hierdurch in der Praxis eine weit höhere Publizität erreicht wird. Die Auslegung vor Ort bedurfte aus organisatorischen Gründen der Regelung eines Auslegungszeitraums. Bei einer Veröffentlichung im Internet ist dies nicht der Fall. Diese bedarf keiner zeitlichen Begrenzung.

Soweit im Einzelfall ein Zugriff auf die elektronische Veröffentlichung nicht möglich sein sollte, kann eine Einsichtnahme bei dem Landesverwaltungsamt weiterhin auf Antrag nach den allgemeinen Regeln des Dritten Abschnitts des Thüringer Transparenzgesetzes erfolgen.

Zu Nummer 5

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Die Einsichtnahme im Internet als praktisch wohl bedeutsamster Fall ist vorangestellt.

Zu Nummer 6

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung auf die später üblich gewordene Formulierung einer Gleichstellungsbestimmung.

## **Zu Artikel 2**

Mit Artikel 2 ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes festgelegt.

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen  
Thüringischer Landkreistag e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <b>Name</b>   <b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>            Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt            Tel. (0361) 2 20 50 - 0            Fax (0361) 2 20 50 - 50            Geschäfts- oder Dienstadresse         </td> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <b>Organisationsform</b>  <b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b>  <b>Thüringen</b>            Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt            Tel. (0361) 2 20 50 - 0            Fax (0361) 2 20 50 - 50         </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	<b>Name</b>  <b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Organisationsform</b> <b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b> <b>Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50								
	<b>Name</b>  <b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Organisationsform</b> <b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b> <b>Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50									
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;"><b>Name</b></td> <td style="width: 50%; padding: 5px;"><b>Vorname</b></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>								
	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer								
Straße, Hausnummer											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> </table>		Postleitzahl, Ort									
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	kommunale Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Digitalisierung kann Verfahren vereinfachen / beschleunigen Frist bei der Fortschreibung von Regionalplänen überdenken.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, d. 29/12/2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/5550		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt (Referat 300)	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jorge-Semprún-Platz 4
	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Ref.E d. TMIL für ein „Gesetz zur Änderung des ThürLPIG“											
<b>1</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	Aufforderung des TML
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers</b> mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 16.12.2021	

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen  
Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen  
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen  
Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Architektenkammer Thüringen  
prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
Ingenieurkammer Thüringen  
Thüringer Bauernverband e.V.  
Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e.V.  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

**Zu welchem Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Thüringer Landesbeauftragter für Menschen m. Behinderungen

Behörde des Freistaats Thüringen

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Jürgen-Fuchs-Str. 1

Postleitzahl, Ort

99096 Erfurt

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Inklusion von Menschen mit Behinderungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Webseiten der zuständigen Stellen müssen barrierefrei sein. - Dokumente und weitere zu veröffentlichende Medien müssen barrierefrei sein. - zu nutzende elektronische Informationstechnologien setzen ebenfalls eine grundlegende Barrierefreiheit voraus (Begr. ThürBarWebG und ThürBITVo)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 29.09.2022	



TLMB • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und  
Forsten  
Herrn Heilmann  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Bearbeiter

Telefon

Erfurt,  
2. September 2022

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

THÜR. LANDTAG POST  
02.09.2022 14:46

21875/22

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes -  
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**  
Drucksache 7/5550

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Heilmann,

der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen dankt dem Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer Landtags für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes.

**A) Allgemeines**

Generell und vorweg lässt sich feststellen, dass die Änderung von dem Bemühen getragen ist, die Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der Thüringer Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen (TLMB) unterstützt dieses Vorhaben auch hinsichtlich der besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen.

Bei geeigneter barrierefreier Umsetzung der Planungsunterlagen sowie der Webseiten, auf denen die Informationen veröffentlicht werden, liegen die Vorteile in der besseren Zugänglichkeit für große Teile der Bevölkerung. Diejenigen, die bisher aufgrund von fehlender Barrierefreiheit der schriftlichen Unterlagen oder räumlichen Gegebenheiten aus der Beteiligung ausgeschlossen waren, können über diesen Weg einbezogen werden. Darüber hinaus besteht weiterhin die Option der schriftlichen Zusendung der Unterlagen beispielsweise an Menschen ohne Nutzungsmöglichkeit eines Internetzugangs.

Die Veröffentlichung auf den Internetseiten der obersten Landesplanungsbehörde setzt barrierefreie Dokumente und die Tatsache voraus, dass die Webseite, auf der die Unterlagen veröffentlicht werden, ebenfalls den gesetzlichen Standards entsprechen und barrierefrei nutzbar sind. Diese Verpflichtung folgt aus dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ThürBarrWebG) vom

**Hausanschrift:**  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

PF 90 04 55  
99107 Erfurt

Tel.: (0361) 573118000  
Fax: (0361) 573118010

[www.tlmb.thueringen.de](http://www.tlmb.thueringen.de)  
[kontakt@tlmb.thueringen.de](mailto:kontakt@tlmb.thueringen.de)



30.07.2019<sup>1</sup>. Hier sind konkrete Vorgaben zur Schaffung von Barrierefreiheit enthalten. So haben nach § 1 Abs. 1 die öffentlichen Stellen ihre Websites und mobilen Anwendungen, einschließlich der für die Beschäftigten bestimmten Angebote im Intranet, barrierefrei zu gestalten. Hierzu sind diese wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust zu gestalten. Die Thüringer Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Thüringer Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung – ThürBITVO) vom 28.04.2020<sup>2</sup> enthält Vorgaben u.a. zu den anzuwendenden Standards (mit Verweis auf die BITV 2.0 des Bundes), zu Überwachungsverfahren, zur Berichterstattung sowie zum Durchsetzungsverfahren.

Gleiches gilt für alle weiteren zu veröffentlichenden Medien bzw. Dateien, die im Internet bereitgestellt werden.

## B) Zu den einzelnen Bestimmungen

### 1. Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Absatz 9 (Seite 6)

„Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung erfolgt zukünftig auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle.“

Die Internetseiten der zuständigen Stelle müssen barrierefrei zugänglich sein.

### 2. Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Buchstabe b):

Die Nutzung von elektronischen Informationstechnologien setzt ebenfalls eine grundlegende digitale Barrierefreiheit voraus.

Die deutliche Forderung nach einer Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit beruht nicht zuletzt auf den Ergebnissen des ersten Monitoring-Bericht über den Stand der digitalen Barrierefreiheit in Deutschland (2021)<sup>3</sup>. Die Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik<sup>4</sup> kam hier zu folgendem Schluss<sup>5</sup>:

„In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass kein Webauftritt und keine mobile Anwendung gleichzeitig alle der geforderten Anforderungen erfüllen konnte.“

---

<sup>1</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt S. 312

<sup>2</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt S. 164

<sup>3</sup> [https://www.bfit-bund.de/DE/Downloads/eu-bericht-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bfit-bund.de/DE/Downloads/eu-bericht-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>4</sup> [https://www.bfit-bund.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.bfit-bund.de/DE/Home/home_node.html)

<sup>5</sup> [https://www.bfit-bund.de/DE/Downloads/eu-bericht-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bfit-bund.de/DE/Downloads/eu-bericht-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2) S. 31

Der Thüringer Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen sieht die Entwicklungen hinsichtlich der digitalen Zugangswege positiv, wie sie auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgt werden. Nicht nur unter Pandemiebedingungen ermöglicht es auch Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Allerdings weist der TLMB auch auf die vielerorts noch fehlende digitale Barrierefreiheit der vorhandenen Internetpräsenzen in Thüringen hin. Prüfungen der Webseiten und eine stete Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit sind zwingend erforderlich, um den digitalen Wandel entsprechend der gesetzlichen Vorgaben voranzutreiben und damit Verwaltungs-, Planungs- und Beteiligungsprozesse zu vereinfachen sowie bürgernaher zu gestalten.

Abschließend begrüße ich den Gesetzentwurf. Änderungen sehe ich – trotz des vorgenannten Handlungsbedarfes – nicht als erforderlich an.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

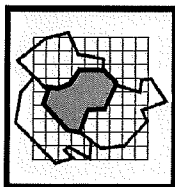
<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, darin weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionale Planungsstelle beim Thüringer Landesverwaltungsamt, Referat 300
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jorge-Semprún-Platz, 4
	Postleitzahl, Ort	99423, Weimar
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Träger der Regionalplanung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Grundsätzliche Befürwortung der Änderungen des ThürLPIG in der vorgelegten Form Verbesserungsvorschlag für eine rechtssystematisch geeigneteren Ausdruck	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Worms, 26.07.2022 Eckert	



# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts  
STRUKTURAUSSCHUSS

THÜR. LANDTAG POST  
29.07.2022 07:10

19337/22

## **Beschluss-Nr. STA 20/11/22 vom 26.07.2022**

### **der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen (RPG) über die Stellungnahme der RPG im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum Beratungsge- genstand „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungs- gesetzes“**

Mit Schreiben vom 01.07.2022 hat die Verwaltung des Thüringer Landtages die RPG im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags um die Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes gebeten. Hierzu hat sie weiter einen Fragenkatalog beigelegt (Anlage 3 der Unterlagen) mit der Bitte, diesen, soweit für die RPG zutreffend bzw. durch die RPG eine Beantwortung möglich ist, ebenfalls schriftlich zu beantworten. Auf der Grundlage dieser hierzu übersandten Unterlagen fasst der Strukturausschuss der RPG daher folgenden Beschluss:

1. Die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPIG) werden begrüßt.
2. Anregung zu Artikel 1 Nr. 1 b) des Gesetzes mit der Änderung für § 3 (4) ThürLPIG:  
„(4) Stellungnahmen der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen [...] durch Mitteilung der Internetadresse und der Dauer der AnhörungsAuslegung nach Absatz 3 einzuholen; [...]“
3. Die in der Unterlage formulierten Fragen werden in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigelegten Fassung beantwortet.
4. Die RPG gibt weiter entsprechend der beigelegten Anlage 2 ihre Zustimmung nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilDG) zur Veröffentlichung ihrer schriftlichen Stellungnahme in der Beteiligentransparenzdokumentation.

#### **Begründung:**

Zu 1.:

Mit der im Rahmen des o. g. Gesetzentwurfes angestrebten Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPIG) soll in erster Linie die Digitalisierung der im ThürLPIG normierten Verfahren als vorrangige Form der Beteiligung eingeführt werden. In der Hauptsache sehen die Änderungen u. a. für den Regionalplan keine öffentliche Auslegung bei den zur jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften mehr vor. Dies bringt für die RPG hinsichtlich der durch sie durchzuführenden Beteiligungen nach dem ThürLPIG erhebliche technische und organisatorische Erleichterungen. Zugleich werden insbesondere verschiedene, bisher mit einer Auslegung verbundene Rechtsunsicherheiten vermieden (unzureichende Öffnungszeiten, unvollständige Unterlagen, uneinheitliche Niederschrift von Stellungnahmen etc.). Dies hat die RPG auch in ihrer Stellungnahme vom 17.01.2022 (Beschluss-Nr. STA 11/07/22) zum Referentenentwurf des o. g. Änderungsgesetzes bereits formuliert.

Zu 2.:

Zum o. g. Referentenentwurf hat die RPG neben ihrer grundsätzlichen Zustimmung eine Reihe an Formulierungsvorschlägen angeregt, die sich fast vollständig im vorliegenden Gesetzentwurf wiederfinden. Lediglich die vorgeschlagene Änderung für § 3 Abs. 4 wurde nicht übernommen. Diese hält die RPG jedoch aus rechtssystematischen Gründen nach wie vor für wichtig. Der Vorschlag, den Begriff „Anhörung“ durch „Auslegung“ zu ersetzen, greift die bereits in § 3 Abs. 2 ThürLPIG gewählte Begrifflichkeit auf. Dem Raumordnungsrecht ist der Begriff „Anhörung“ fremd.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder gesamt:	7
Anwesende Stimmberechtigte:	5
Zustimmung:	5
Gegenstimmen:	-
Enthaltung:	-

Vorsitzender

Folgende Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses:

Anlage 1: Antworten auf den Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes“

Anlage 2: Formblatt gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG

**Antworten auf den Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand  
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes“**

1. Konkrete Rechtsprechung zu den im o. g. Gesetzesentwurf formulierten Änderungen des ThürLPIG ist der RPG im Detail nicht bekannt.
2. Eine Änderung der gegenwärtig geltenden Rechtsprechung kann aktiv nur über gerichtliche Verfahren hergestellt werden, indem entsprechende Anträge bzw. Klagen angestrengt werden. Eine Notwendigkeit hierzu noch vor Inkrafttreten des Gesetzes kann die RPG derzeit jedoch nicht erkennen.
3. Die Erfahrung mindestens der letzten 10 Jahre hat gezeigt, dass der allergrößte Teil der Beteiligung über den digitalen Weg erfolgt ist. Dies kann im Umkehrschluss zumindest anhand der an den Auslegungsorten abgefassten bzw. dort zur Niederschrift gegebenen Stellungnahmen abgeleitet werden. Diese bewegten sich bisher eher im einstelligen Bereich. Und auch bei nicht auf elektronischem Weg übermittelten Stellungnahmen erfolgte oft die Einsichtnahme in die Beteiligungsunterlagen über das Internet.
4. Ja.
5. Ja.
6. Ja.
7. Nein.
8. Nein.
9. Jenseits der formalen Bekanntmachungen über regelmäßige Berichte in den allgemeinen Medien (Tageszeitung, Anzeigenblätter, Rundfunk, social media, ...). Dies bedeutet jedoch wiederum eine Erhöhung des Aufwandes bei den für die Pläne/Verfahren zuständigen Stellen, der aber durch die Änderungen gerade verringert werden soll. Zudem bedarf es dazu eines Grades an Professionalität, die dort i. d. R. nicht gegeben ist.
10. Dies kann von Seiten der RPG fachlich nicht verlässlich eingeschätzt werden.
11. Die RPG führt keine Raumordnungsverfahren durch und kann dazu keine Angaben machen.
12. Mit der Durchführung der digitalen Beteiligung werden keine Belastungen der Kommunen zu erwarten sein. Es kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass insbesondere durch den Wegfall von Auslegungen der Planentwürfe in den Kommunen die bisher dazu erforderlichen Räumlichkeiten und personellen Aufwendungen nicht mehr notwendig werden und damit vielmehr eine Entlastung der Kommunen verbunden ist.
13. Die digitale Abwicklung der Verfahren lässt Effizienzgewinne in erster Linie bei der Vorbereitung und Durchführung der Verfahren erwarten. Auf die Auswertung wird sie keine besondere Auswirkung haben, da bereits seit längerem der größte Teil der auszuwertenden Stellungnahmen in digitaler Form abgegeben wird. Dieser Anteil wird auch kaum durch die digitale Beteiligung weiter erhöht werden - es sei denn, die Stellungnahmen dürfen nur noch digital eingereicht werden.
14. Nein, sie wären ansonsten Gegenstand der Stellungnahme.



**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen</td> <td style="border: none;">KdöR</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Puschkinplatz 7</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 7	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
	Name	Organisationsform									
	Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	KdöR									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 7									
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										
2. Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

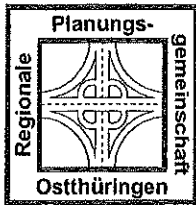
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Regionalplanung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Befürwortung der primären Digitalisierung des im ThürLPIG normierten Verfahren als vorrangige Form der Beteiligung in den Planverfahren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

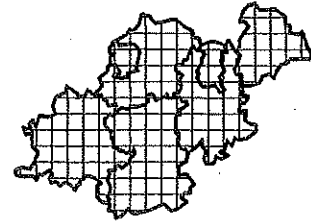
Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 20.07.2022	

# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT OSTTHÜRINGEN



Körperschaft des öffentlichen Rechts

**Präsidentin**



Regionale Planungsstelle beim  
Thüringer Landesverwaltungsamt • Postfach 1464 • 07504 Gera

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und  
Forsten

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag

**Zuschrift**

7/2070

zu Drs. 7/5550 :

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Gera  
20.07.2022

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes**

Hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

### **Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen**

Die Verwaltung des Thüringer Landtags hat mit Schreiben vom 01.07.2022 die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen (RPG OT) im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags um die Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes gebeten. Weiterhin hat sie dazu einen Fragenkatalog als Anlage 3 der Unterlagen mit der Bitte beigelegt, diesen, soweit für die RPG OT zutreffend bzw. beantwortbar, schriftlich zu beantworten.

**Die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPIG) werden seitens der RPG OT befürwortet.**

#### Begründung:

Mit der im Rahmen des o. g. Gesetzentwurfes angestrebten Änderung des ThürLPIG soll primär die Digitalisierung der im ThürLPIG normierten Verfahren als vorrangige Form der Beteiligung in den Planverfahren eingeführt werden. In der Hauptsache sehen die Änderungen u. a. keine öffentliche Auslegung der Entwürfe der Regionalpläne bei den zur jeweiligen RPG zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften mehr vor. Dies ergibt für die RPG hinsichtlich der durch sie durchzuführenden Beteiligungsverfahren nach ThürLPIG erhebliche technische und organisatorische Erleichterungen und Vorteile. Zudem werden bisher mit einer Auslegung verbundene Rechtsunsicherheiten (unzureichende

Hinweise zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:  
<http://www.regionalplanung.thueringen.de/rpg/start/ds/index.asp>. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

PRÄSIDENTIN: LANDRÄTIN

• LANDRATSAMT GREIZ • DR. RATHENAU-PLATZ 11 • 07973 GREIZ

☎ 03661 / 876-101 • FAX 03661 / 876-244

REGIONALE PLANUNGSSTELLE BEIM THÜRINGER LANDESVERWALTUNGSAMT • PUSCHKINPLATZ 7 • 07545 GERA • ☎ 0361 / 57334-4410, -4418 • FAX 0361 / 57334-4413  
• E-MAIL: REGIONALPLANUNG-OST@TLVWA.THUERINGEN.DE

Öffnungszeiten in den Auslegungsorten, unvollständige Unterlagen, Probleme der Niederschrift von Stellungnahmen vor Ort u. a.) vermieden.

Die in der Unterlage Anlage 3 formulierten Fragen werden in der Anlage 1 dieser Stellungnahme beantwortet.

Die RPG OT gibt entsprechend der Unterlage beigelegten Anlage 2 ihre Zustimmung nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz zur Veröffentlichung ihrer schriftlichen Stellungnahme in der Beteiligtentransparenzdokumentation.

Mit freundlichem Gruß

2 Anlagen

## Anlage 1

### Antworten auf den Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes“

1. Der RPG OT sind keine diesbezüglichen Rechtsprechungen bekannt.
2. Die Notwendigkeit zur Änderung der gegenwärtigen Rechtsprechung in der Sache wird aus Sicht der RPG OT nicht gesehen.
3. Die Erfahrungen der letzten Beteiligungsverfahren haben gezeigt, dass der überwiegende Anteil der Beteiligung digital erfolgte. Die an den Auslegungsorten abgefassten bzw. dort zur Niederschrift gegebenen Stellungnahmen hielten sich in engen Grenzen (jeweils eher im einstelligen Bereich). Auch bei analog abgegebenen Stellungnahmen erfolgte überwiegend die digitale Einsichtnahme in die Beteiligungsunterlagen.
4. Ja
5. Ja
6. Ja
7. Nein
8. Nein
9. Die Öffentlichkeit sollte, bezogen auf das Regionalplanverfahren, im Rahmen der formalen Bekanntmachungen und über die Internetseite der RPG OT angemessen informiert werden.
10. Keine Einschätzung aus Sicht der RPG OT möglich.
11. Seitens der RPG OT werden keine ROV durchgeführt.
12. Aus Sicht der RPG OT sind keine zusätzlichen Belastungen in den Verwaltungen der Kommunen/Landkreise zu erwarten. Eher sind mit dem Wegfall der Auslegung der Planentwürfe in den Kommunen/Landkreisen Entlastungen zu erwarten.
13. Die Digitalisierung der Verfahren lässt Effizienzgewinne eher in der Vorbereitung und Durchführung der Verfahren erwarten. Auf den Auswertungsaufwand wird sie weniger Auswirkungen haben, da der überwiegende Anteil der auszuwertenden Stellungnahmen bereits in digitaler Form abgegeben bzw. in digitale Form umgewandelt wird.
14. Nein

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen - Regionale Planungsstelle Südwestthüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 4
	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Träger der Regionalplanung in der Planungsregion Südwestthüringen (Aufstellung/Änderung des Regionalplans)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	Keine grundsätzlichen Einwände zur Gesetzesänderung.  In Beantwortung der Fragen des Fragenkatalogs sollten jedoch einige geplante Änderungen geprüft und klargestellt/vereinheitlicht werden: - § 3 Abs. 4 – auf Verlangen ... Entwurf des Raumordnungsplans ... in Papierform (Frage 4), - § 10 Abs. 5 – Beteiligung Raumordnungsverfahren ... elektronische Informationstechnologien i.V.m. § 10 Abs. 3 und 4 Verfahrensunterlagen für Raumordnungsverfahren ... auf den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde (Frage 11)..	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Bad Salzungen, 18.08.2022



# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT SÜDWESTTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts  
PRÄSIDENT

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t

7 / 2 0 8 1

24.08.2022

Regionale Planungsstelle Südwestthüringen  
Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
22.08.2022 07:58  
20856/2022

Den Mitgliedern des

..... *AFILF* .....

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Bad Salzungen  
18.08.2022

## **Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Südwestthüringen im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum Beratungsgegenstand „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes“**

Die Verwaltung des Thüringer Landtages hat mit Schreiben vom 13.07.2022 die RPG Südwestthüringen um Stellungnahme im Zuge des o.g. Anhörungsverfahrens gebeten. Im Kontext der beabsichtigten Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes wurde der Träger der Regionalplanung in Südwestthüringen zudem ersucht, den als Anlage 3 beigefügten Fragenkatalog – soweit zutreffend und möglich – zu beantworten.

Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen entsprechend der regionalplanerischen Belange nimmt die RPG Südwestthüringen dazu wie folgt Stellung:

**Zu den im vorliegenden Entwurf des Thüringer Landesplanungsgesetzes enthaltenen Änderungen bestehen grundsätzlich keine Einwände.**

**In Beantwortung der Fragen des Fragenkatalogs (siehe Anlage 1) sollten jedoch die geplanten Änderungen in:**

- § 3 Abs. 4 – auf Verlangen ... Entwurf des Raumordnungsplans ... in Papierform (Frage 4) und
- § 10 Abs. 5 – Beteiligung ... elektronische Informationstechnologien i.V.m. § 10 Abs. 3 und 4 – Verfahrensunterlagen für Raumordnungsverfahren ... auf den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde (Frage 11)

**geprüft und klargestellt/vereinheitlicht werden.**

**Mit dem Formblatt zur Datenerhebung (siehe Anlage 2) erteilt die RPG Südwestthüringen ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Stellungnahme.**

Landratsamt Wartburgkreis •  
Erzberger Allee 14 • 36433 Bad Salzungen

Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen • Regionale Planungsstelle • Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl  
Telefon: 0361/57331-5301 • Telefax: 0361/57331-5302  
E-Mail: [regionalplanung-sued@tlvwa.thueringen.de](mailto:regionalplanung-sued@tlvwa.thueringen.de) • Internet: <https://regionalplanung.thueringen.de>

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:  
<https://regionalplanung.thueringen.de/datenschutz/> Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

**Antworten betreffs Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand  
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes“**

Zu Frage 1

Kann nicht valide beurteilt werden.

Zu Frage 2

Die Entscheidung, ob und inwieweit die Notwendigkeit besteht, die gegenwärtig geltende Rechtsprechung zu verändern, obliegt der zuständigen Gerichtsbarkeit im Zuge entsprechender Antrags- bzw. Klageverfahren.

Zu Frage 3

Es bestehen Zweifel, ob das Ausmaß der Öffentlichkeitsbeteiligung mit den im Gesetzentwurf enthaltenen Vorgaben (Internet und Thüringer Staatsanzeiger) ausreichend ist. Aus den Erfahrungen der durchgeführten Beteiligungsverfahren ist festzustellen, dass darüber hinaus z.B. folgende weiteren Informationsquellen durch die Öffentlichkeit genutzt wurden: Amtsblätter der in der RPG zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften, Informationsveranstaltungen der RPG in den Landkreisen und kreisfreien Städten, Social Media.

Zu Frage 4

Grundsätzlich ja, aber die in § 3 Absatz 4 getroffene Regelung, dass auf Verlangen ein Entwurf des Raumordnungsplanes und der Begründung in Papierform zu übermitteln ist, sollte geprüft werden. Es ist diesbezüglich nicht absehbar, wie viele Druckexemplare zu erstellen sind und wie hoch sich der damit verbundene Verwaltungsaufwand (und auch Verwaltungskosten und Zeitaufwand) gestaltet.

Zu Frage 5

Grundsätzlich ja, aber ... (siehe Aussagen zu Frage 4).

Zu Frage 6

Grundsätzlich ja, aber ... (siehe Aussagen zu Frage 4).

Zu Frage 7

Nein.

Zu Frage 8

Nein.

Zu Frage 9

Über die formal vorgeschriebenen Bekanntmachungen (Internet und Thüringer Staatsanzeiger) hinaus wären Presse-, Rundfunk- und Fernsehmeldungen in verschiedenen Regionen/Gebietskörperschaften möglich. Auch die Nutzung von Social Media und die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen durch die RPG sind denkbar, führen aber zu neuem Arbeits- und Zeitaufwand. Zudem sind diese Aufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht machbar. Für die Öffentlichkeitsarbeit wäre eine entsprechend ausgebildete Fachkraft erforderlich.

Zu Frage 10

Kann nicht valide beurteilt werden.

Zu Frage 11

Die geplante Beschleunigung von Raumordnungsverfahren durch Verfahren der elektronischen Veröffentlichung und Bekanntmachung wird grundsätzlich begrüßt. Eine ausschließliche Beteiligung durch elektronische Informationstechnologien (wie mit § 10 Abs. 5 i.V.m. § 10 Abs. 3 und 4 (Verfahrensunterlagen) vorgesehen) wird jedoch kritisch gesehen. Im Sinne der Vereinheitlichung raumordnerischer Beteiligungsverfahren sollte analog § 3 Abs. 4 (neu) auch für Raumordnungsverfahren auf Anforderung ein Papierexemplar der Verfahrensunterlagen übermittelt werden können. Da diese Verfahrensunterlagen sehr umfangreich sein und große Karten/Pläne beinhalten können, ist es den Verfahrensbeteiligten (hier: der RPG/Regionalen Planungsstelle) nicht bzw. nur mit großem Arbeits-, Zeit- und Kostenaufwand bei immer geringer werdendem Personal möglich, entsprechende Papierexemplare für die Körperschaft zu erstellen. Ein Verschieben von Verwaltungsarbeiten der oberen Landesplanungsbehörde auf die nachfolgende Verwaltungsebene (hier: RPG/Regionale Planungsstelle) kann nicht akzeptiert werden.

Zu Frage 12

Kann nicht valide beurteilt werden. Seitens der RPG wird jedoch eingeschätzt, dass aufgrund der allgemeinen Personalsituation bei den Kommunen wie auch den weiteren Verwaltungen Belastungen und Probleme nicht ausgeschlossen werden können.

Zu Frage 13

Die digitale Veröffentlichung und Bekanntmachung hat auf die eigentliche Auswertung des Beteiligungsverfahrens keine effizienzsteigernden Auswirkungen, da die Abgabe von Stellungnahmen nicht ausschließlich auf elektronische Informationstechnologien begrenzt wird. Zudem erfolgt die Prüfung, Bewertung und Abwägung der eingereichten Stellungnahmen/vorgebrachten Anregungen in einem separaten elektronischen Format durch den Träger der Regionalplanung.

Zu Frage 14

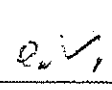
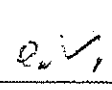
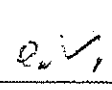
Nein.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50		Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50											
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunale Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Digitalisierung kann Verfahren vereinfachen und beschleunigen, wobei die fachliche und finanzielle Rahmen gegeben ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ernt, d. 29/08/2022	

25322/22

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Architektenkammer Thüringen</td> <td>Körperschaft des öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bismarckstr. 39</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Architektenkammer Thüringen	Körperschaft des öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstr. 39	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Architektenkammer Thüringen	Körperschaft des öffentl. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstr. 39										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Berufständische Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Während eines Übergangszeitraums sollte weiterhin eine Anlegung zur Einsicht in den Kommunen und die Möglichkeit der schriftlichen Beantragungen gewährleistet werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	
<i>Erfurt, 13.10.2022</i>	

THÜR. LANDTAG POST  
29.08.2022 07:10

21322/22



ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN | PF 90 04 14 | 99107 ERFURT

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 26. August 2022

Vorab per E-Mail an: [poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

**Stellungnahme der Architektenkammer Thüringen zum  
Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPiG)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 7/5550

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung an o.g. Anhörungsverfahren. In der Eigenschaft eines Trägers öffentlicher Belange, möchten wir uns im Anhörungsverfahren wie folgt äußern.

Grundsätzlich begrüßen wir die Initiative der Landesregierung das Thüringer Landesplanungsgesetz, vom 11. Dezember 20212, auf erfolgte Gesetzesänderungen in der Raumordnung hin, entsprechend anzupassen. Eine weitere und beschleunigte Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen ist unverzichtbar und sollte bestmöglich vorangebracht werden.

Wir möchten in diesem Zusammenhang und in unmittelbarer Konsequenz des vorliegenden Änderungsentwurfes aber darauf hinweisen, dass wir die mit der Änderung geplante sofortige Abschaffung der Auslegung zur Einsicht (Artikel 1, Nr. 4 (§10), d, aa bis dd) bei den betroffenen Gemeinden sehr kritisch sehen. Da es sich bei den zur Verfügung zu stellenden Dokumenten der Raumplanung um viele und auch teilweise sehr große Dateien handelt, ist ein reibungsloser und schneller Zugriff für Verwaltungen und Bürger unumgänglich. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es weiterhin Gebiete, welche über keine ausreichend gute (die Geschwindigkeit und Stabilität betreffend) Internetanbindung verfügen.

Die sich in diesen Gebieten befindlichen Kommunen und deren Bürger wären in der Ausübung der Beteiligung hierdurch stark eingeschränkt und benachteiligt.

Wir schlagen deshalb vor, für einen Übergangszeitraum, die Auslegung in den betroffenen Kommunen vor Ort und die schriftliche Stellungnahme weiterhin zu gewährleisten. Der Übergangszeitraum sollte so lange andauern, bis eine zuverlässige und mit ausreichend hoher Geschwindigkeit versehene Internetanbindung in allen Teilen Thüringens gegeben ist.

Wir hoffen, mit unserer inhaltlichen Anmerkung konstruktiv zur Auseinandersetzung mit vorliegenden Entwurf beizutragen und stehen Ihnen für weiterführende Rücksprachen sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH</td> <td style="padding: 5px;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Salomonstraße 19</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">04103 Leipzig</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Salomonstraße 19		04103 Leipzig	
	Name	Organisationsform									
	Prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	GmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Salomonstraße 19										
04103 Leipzig											
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Rechtsanwältin (juristische Beratung und Vertretung)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Grundsätzlich wird der Erleichterung und Intensivierung der Digitalisierung von Raumplanungs- und Raumordnungsverfahren begrüßt. Es sind aber ergänzende/ ändernde Regelungen für eine physische Auslegung bzw. zusätzliche digitale Auslegung über öffentlich zugängliche Lesegeräte zu empfehlen sowie zusätzliche Stellen für die Bekanntmachungen.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Leipzig, 30.08.2022	

21328/2022

prometheus Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Salomonstraße 19, 04103 Leipzig

vorab per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Unser Zeichen

Ihr Zeichen

Ihr Sachbearbeiter

Datum  
Leipzig, 26.08.2022**Anhörung gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags –  
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes und möchten zu den geplanten Änderungen folgende Hinweise geben, wobei wir in deren Rahmen die Fragen der Ausschussmitglieder mitbeantworten möchten:

**I. Art. 1 Nr.1**

Geplant ist folgende Änderung:

*„§ 3 wird wie folgt geändert:**a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:**aa) Die Sätze 1 bis 3 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:*



*„Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Raumordnungsplans einschließlich der Begründung sowie im Falle einer Umweltprüfung auch des Umweltberichts und weiterer, nach Einschätzung der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle zweckdienlicher Unterlagen erfolgt abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 2 und 5 ROG für die Dauer von zwei Monaten auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle sowie bei der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle. Die öffentliche Bekanntmachung nach § 9 Abs. 2 Satz 3 ROG erfolgt mindestens eine Woche vor Beginn der öffentlichen Auslegung auf den Internetseiten der für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle sowie im Thüringer Staatsanzeiger.“*

*bb) Der neue Satz 7 wird aufgehoben.*

*b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:*

*(4) Stellungnahmen der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen und der im Planungsbeirat vertretenen Institutionen sind abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 5 ROG durch Mitteilung der Internetadresse und der Dauer der Anhörung nach Absatz 3 einzuholen; die Mitteilung erfolgt im Wege der elektronischen Kommunikation, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet hat. Die für die Aufstellung des Raumordnungsplans zuständige Stelle hat der betroffenen Stelle auf deren Verlangen einen Entwurf des Raumordnungsplans und der Begründung in Papierform zu übermitteln. Die nach Absatz 2 Satz 1 gesetzte Frist bleibt unberührt.“*

Hierzu möchten wir folgendes anmerken:

#### 1. Zwingende digitale Auslegung des Entwurfs

Die demnach geplante zwingende zusätzliche digitale Auslegung eines Raumordnungsplans sowie der zweckdienlichen Unterlagen auf der Homepage des jeweiligen Planungsverbandes – in Ergänzung zur physischen Auslegung vor Ort beim Planungsverband – ist absolut zu begrüßen. Gerade bei Gesamt-Fortschreibungen umfassen allein schon die Entwürfe der Planbegründungen mit Umweltbericht selbst mehrere hundert Seiten, hinzu kommen zumeist die dem

Entwurf zu Grunde liegenden Fachgutachten und Stellungnahmen. Eine ergänzende Auslegung in digitaler Form erleichtert ganz klar die Beteiligung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass es in der Praxis bei der digitalen Auslegung von Regionalplänen, Bauleitplänen oder auch immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträgen mit Öffentlichkeitsbeteiligung (vermutlich schon häufiger) vorgekommen ist, dass der Zugriff auf die betreffenden Internetseiten aus rein technischen Gründen nicht während des gesamten Auslegungszeitraumes gewährleistet war oder die digitale Auslegung (oder auch die digitale Bekanntmachung) erst Tage später erfolgt ist. Wenn im Landesplanungsgesetz die digitale Auslegung (und Bekanntmachung) als zwingende, gesetzlich vorgesehene Beteiligungsform (bzw. Bekanntmachungsform) aufgenommen wird, können derartige technische Mängel und Unterbrechungen der digitalen Auslegung einen Verfahrensfehler begründen, der zur Unwirksamkeit eines Planes führen kann.

## 2. Physische Auslegung eines Papierexemplars

Die physische Auslegung und Einsichtnahme in ein Papierexemplar soll nur noch bei der jeweiligen Planungsstelle selbst möglich sein.

Sicherlich wird dadurch der bisherige bürokratische Aufwand verringert. Wenn sich aber – wie zumeist – die Einsichtszeiten auf Montag bis Freitag und noch dazu bis maximal zum frühen Abend beschränken, so erscheint die physische Einsichtnahme an einer einzigen Auslegungsstelle im gesamten Planungsgebiet (das in Thüringen mehrere Landkreise erfasst und sich im Falle des Landessentwicklungsplans sogar auf eine einzige Auslegungsstelle in ganz Thüringen beschränkt!), als eine eher „symbolische“ Alternative. Speziell für Bürger ohne schnelle und stabile Internetverbindung und ohne entsprechende technische digitale Ausstattung, mit der die Masse an Unterlagen eines Raumordnungsplanverfahrens einigermaßen bewältigt werden kann, wird damit die Öffentlichkeitsbeteiligung eher erschwert. Hinzu kommt wie bereits angesprochen die Gefahr technisch bedingter Unterbrechungen der digitalen Auslegung.

Wir geben zudem zu bedenken: Nach dem geplanten neuen § 3 Abs. 4 LPLG-E muss den beteiligten öffentlichen Stellen auf Verlangen der Entwurf des Raumordnungsplans und die Begründung in Papierform übermittelt werden –

obwohl die öffentlichen Stellen deutlich besser als Privatpersonen technisch dafür ausgerüstet sein dürften, digital Einsicht zu nehmen und bei Bedarf selbst auszudrucken. Dieser Widerspruch sollte behoben werden, wir regen hierfür folgende „Kompromisslösung“ an:

Für Bürger ohne schnelles Internet und ausreichendem „Equipment“ oder auch für ältere Bürger ohne Interneterfahrung wäre es vermutlich eine wirkliche Hilfe, wenn sie die zahlreichen, komplexen Entwurfsunterlagen (samt umfangreichen Kartenmaterial) zusätzlich vor Ort bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren zu den Dienstzeiten zumindest digital an einem Rechner einsehen und – so banal dies klingen mag – einzelne Unterlagen dort ausdrucken könnten. Ähnliches ist bereits in § 3 Planungssicherstellungsgesetz oder auch in § 15 Abs. 3 S. 6 ROG für das Raumordnungsverfahren vorgesehen: Demnach sollen *„andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Versendung oder öffentlich zugängliche Lesegeräte“* zur Verfügung gestellt werden. Das erscheint uns ganz besonders in Raumordnungsplanverfahren im Sinne einer effektiven Öffentlichkeitsbeteiligung als erwägenswerte Ergänzung zur physischen Auslegung eines Papierexemplars allein bei der Regionalen Planungsstelle.

Eine solche zusätzliche Einsichtsalternative müsste von den Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren als größere, leistungstärkere Kommunen praktisch umsetzbar sein – jedenfalls im Falle eines Verlangens der öffentlichen Stellen wird eine Machbarkeit vorausgesetzt.

Die Gefahr eines etwaig befürchteten Missbrauch dieser Einsichtsalternativen dürfte in Anbetracht der Hürde, sich dafür extra – noch dazu zu den Dienstzeiten – zum Landkreis oder zur kreisfreien Stadt begeben zu müssen, eher gering sein. Ihr sollte im Übrigen durch eine Beschränkung auf *„begründete Fälle“* (so beispielsweise das Planungssicherstellungsgesetz), durch den Vorbehalt der Angemessenheit und Zumutbarkeit (so beispielsweise § 15 Abs. 3 S. 6 ROG) oder auch mittels anderer Regelungen hinreichend begegnet werden können.

### 3. Bekanntmachung im Internet

Die Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung soll künftig digital auf den Internetseiten des Regionalen Planungsverbandes bzw. des für Landesplanung

zuständigen Ministeriums als oberster Landesplanungsbehörde sowie im Thüringer Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

In der Praxis besteht die eigentliche Schwierigkeit oft darin, überhaupt von der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung Kenntnis zu erlangen. Die Auslegungszeiträume – seien es zwei oder auch mehr Monate – erweisen sich demgegenüber in der Regel als durchaus ausreichend.

Für eine effektive Öffentlichkeitsbeteiligung dürfte daher eine zusätzliche digitale Veröffentlichung der Bekanntmachung auf den Internetseiten der Landkreise, kreisfreien Städte und Mittelzentren zumindest ein wenig bürgernäher und vorzugswürdig sein, da Bürger diese Internetseiten mutmaßlich etwas öfter nutzen dürften, als die Internetseite eines Regionalen Planungsverbandes und der Thüringer Staatsanzeiger in Papierform und digital nur kostenpflichtig abonniert werden kann.

Sollen weitere Einsichtsmöglichkeiten (z.B. eine digitale Einsicht vor Ort bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren) eröffnet werden, müsste hierauf in der Bekanntmachung ebenfalls hingewiesen werden.

## **II. Art. Nr. 2**

Geplant ist folgende Änderung:

*„In § 4 Abs. 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Landesentwicklungsprogramm“ die Worte „abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten der Landesplanungsbehörden sowie“ eingefügt.“*

Demnach ist das verkündete Landesentwicklungsprogramm neben der Möglichkeit zur Einsichtnahme vor Ort beim Landesverwaltungsamt sowie bei dem für die Landesplanung zuständigen Ministerium zusätzlich zwingend auf deren Internetseiten bereitzustellen.

Dies ist absolut zu begrüßen.

### **III. Art. 1 Nr. 3**

Folgende Änderungen sind geplant:

*„§ 5 Abs. 7 wird wie folgt geändert:*

*a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Staatsanzeiger“ die Worte „sowie abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten des Trägers der Regionalplanung“ eingefügt.*

*b) Satz 2 erhält folgende Fassung:*

*„Bei der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplan abweichend von § 10 Abs. 2 Satz 3 ROG auf den Internetseiten des Trägers der Regionalplanung sowie bei dem Träger der Regionalplanung eingesehen werden kann.“*

Die Bekanntmachung der Genehmigung des Regionalplans erfolgt demnach zukünftig im Thüringer Staatsanzeiger und auch auf den Internetseiten der jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft. Ebenso soll der Regionalplan auf den Internetseiten des Regionalen Planungsverbände bereitgestellt werden.

Dies ist absolut zu begrüßen. Da die Regionalen Planungsverbände in Thüringen mehrere Landkreise umfassen, könnte allerdings gleichermaßen an dieser Stelle die Bürgernähe dadurch erhöht werden, dass der Regionalplan zusätzlich auf den Internetseiten der Landkreise veröffentlicht bzw. bereitgestellt wird und zudem bei den Landkreisen und Kreisfreien Städten eine digitale Einsichtnahme durch öffentlich zugängliche Lesegeräte ermöglicht wird. Eine solche zusätzliche Einsichtsmöglichkeit sollte den Landkreisen machbar und die Missbrauchsgefahr gering bzw. mittels einer Beschränkung auf „begründete Fälle“ oder eines Vorbehalts der Angemessenheit und Zumutbarkeit zu bewältigen sein.

### **IV. Art. 1 Nr. 4**

Mit dieser Änderung soll ebenfalls in Raumordnungsverfahren die Öffentlichkeitsbeteiligung digitalisiert werden. U.a. soll anstatt der bisherigen Auslegung der Unterlagen zur Einsicht bei den betroffenen Gemeinden zukünftig

nur noch eine Veröffentlichung auf den Internetseiten der oberen Landesplanungsbehörde erfolgen. Eine ergänzende physische Auslegung eines Papierexemplars zumindest an einer einzigen zentralen Stelle – wie es ja für Raumordnungspläne vorgesehen ist – soll hingegen nicht erfolgen.

Eine Einsichtsmöglichkeit in ein Papierexemplar der Unterlagen bei einer zentralen Stelle wäre im Hinblick auf die geplanten Einsichtsmöglichkeiten bei Raumordnungsplanverfahren indes stringent. Als zentrale Auslegungsstelle für ein Papierexemplar des Antrags bietet sich die für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens zuständige Behörde an. Im Sinne einer effektiven Öffentlichkeitsbeteiligung sollten die Unterlagen zusätzlich bei den betroffenen Gemeinden als bisherige Auslegungsstellen, zumindest aber bei der jeweiligen Standortgemeinde digital (mittels öffentlich zugänglichen Lesegerät) eingesehen werden können.

Im Übrigen ist hierzu im Wesentlichen das Gleiche wie zuvor anzuführen, wir verweisen daher zweckmäßigerweise auf die obenstehenden Ausführungen.

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser E-Mail samt Anhängen unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen und diese Mail sowie alle Kopien davon zu vernichten. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thür. Landesplanungsgesetzes (Drs. 7/5550)		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband I.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 12.9.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertönen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Präsident der Ingenieurkammer Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	In der unteren Planungsebene - Regionalplanung - wäre die Auslegung, auch in Gebietskörper - Schäften, ggf. auch in Papierform sinnvoll.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, den 31.08.2022


THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 15:32  
21645/2022

INGENIEURKAMMER  
THÜRINGEN

Körperschaft öffentlichen Rechts



Ingenieurkammer Thüringen • Gustav-Freytag-Str. 1 • 99096 Erfurt

## Der Präsident

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Referatsleiter

Anschrift: Gustav-Freytag-Str. 1  
99096 Erfurt

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

E-Mail: [info@ikth.de](mailto:info@ikth.de)  
Internet: <http://www.ikth.de>

Datum: 30. August 2022

### Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Drucksache 7/5550

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 1. Juli 2022 in dem der beruflichen Selbstverwaltung der Thüringer Ingenieurinnen und Ingenieure die Möglichkeit gegeben wird, ihre Auffassung zum Gesetzentwurf im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens abzugeben.

Die Ingenieurkammer Thüringen (IKTh) vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständischen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

Nach entsprechender Befassung wurden aus Kammersicht einige Hinweise formuliert, die bei der weiteren Befassung mit dem Themengegenstand ggf. eine angemessene Berücksichtigung erfahren sollten.

#### Artikel 1 | Punkt 4. Buchstabe c):

Das Wort „schriftlich“ sollte beibehalten werden, da dadurch die Eindeutigkeit der Dokumentation bzgl. einer Einwendung befördert wird, unabhängig davon, ob das in Papierform oder digital erfolgt.

Eine E-Mail-Adresse oder eine postalische Adresse kann als eindeutige Identifikation im Rahmen einer möglichen Anhörung aufgefasst werden.

In der *Begründung* zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes sollte folgende Ergänzung bzw. Änderung erwogen werden:

#### Artikel 1 | Punkt 3. Buchstabe b | Bezug: § 10 Abs. 2 (S. 7)

Es sollte erwogen werden, eine Möglichkeit zu schaffen, dass nach wie vor in den Gebietskörperschaften der Regionalen Planungsgemeinschaften, als unterer Ebene der Planung, eine physische Einsichtnahme in den Regionalplan (Papierform) erfolgen kann.

Die geringe Häufigkeit einer Auslegung, sollte keinen unververtretbaren Kosten- und Zeitaufwand darstellen.

Erläuterung des Ergänzungsvorschlages:

Die Zugänglichkeit der Planungsunterlagen setzt für eine Öffentlichkeitsbeteiligung voraus, dass das Portal auf dem sie abgelegt wurden, unmittelbar zugänglich für die Benutzenden ist und nicht noch zusätzlich technische Anforderungen erfüllt werden müssen.

Planungen, die digitalisiert sind, sollten, sofern eine Stellungnahme im Rahmen der Träger-ggf. Bürgerbeteiligung notwendig ist, jederzeit barrierefrei im Rahmen der Auslegungsfrist zugänglich sein, ohne dass eine Behörde zu diesem Zweck aufgesucht werden muss.

Insbesondere im Rahmen der Auslegung der Regionalpläne sollte neben der vorrangigen digitalen Auslage, eine Auslegung der Papierform nach wie vor an benannten Orten erfolgen.

Dadurch scheint es weitgehend gewährleistet, dass eine unmittelbare Bürgerbeteiligung erfolgen kann.

Die Einsicht in digitale Pläne und Gutachten sowie die Wertung von deren Aussagen kann Personen überfordern, die sich nicht regelmäßig mit derartigen Sachverhalten beschäftigen.

Im Umkehrschluss könnte es sonst dazu führen, dass die mit der Auslage betrauten Behörden/Verwaltungen mit den Personen, die sich bei Ihnen zur Einsichtnahme melden, am Computer die Pläne und die Gutachten durchgehen und die Stellungnahmen/Einwände rechtssicher für das weitere Verfahren aufnehmen müssen.

Für den weiteren behördlichen Verfahrensweg bei der zukünftigen Entwicklung der Raumplanung ist der digitalen Bearbeitung, wie sie auch in dem Änderungsgesetz ausgeführt ist, absoluter Vorrang zu gewähren.

### **Anlage 3 | Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand**

- Lfd. Nr. 1: Optimierung des Verfahrensweges.
- Lfd. Nr. 3: Nein, da sich die Planungsinformation bezüglich der Regionalplanebene scheinbar immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt.
- Lfd. Nr. 4: Ja, ab Regionalplanebene im weiterführenden Planungsprozess.
- Lfd. Nr. 5: siehe Lfd. Nr. 4
- Lfd. Nr. 6: Ja
- Lfd. Nr. 7: Nein
- Lfd. Nr. 8: Nein
- Lfd. Nr. 9: Auf den entsprechenden Plattformen, die vom Gesetzgeber vorgegeben sind, einschließlich der Ebene der regionalen Amtsblätter.
- Lfd. Nr. 10: Rechtliche Unsicherheit könnten sich aus der Öffentlichkeitsbeteiligung auf Regionalplanebene ergeben.
- Lfd. Nr. 11: Zweckdienlich
- Lfd. Nr. 12: Keine Aussage möglich. Ggf. Nachfrage bei Kommunen und Verwaltungen.
- Lfd. Nr. 13: Innovativ

### **Anlage**

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Bauernverband e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Alfred-Hess-Str. 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99034 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Bauernverband e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Str. 8	Postleitzahl, Ort	99034 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Bauernverband e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Str. 8										
Postleitzahl, Ort	99034 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Landwirtschaft in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 01.03.2022	

THÜR. LANDTAG POST  
01.09.2022 09:14

21680/2022



Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Landesgeschäftsstelle | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Internet  
[www.tbv-erfurt.de](http://www.tbv-erfurt.de)

Twitter:  
@BauernverbandTH  
Erfurt, 01.09.2022

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Ihr Zeichen:**

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPIG) -Drs. 7/5550- Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und führen wie folgt aus:

Zunächst möchten wir anmerken, dass wir eine Beschleunigung und Vereinfachung der Verwaltungs- und Planungsprozessen durch Digitalisierung sehr begrüßen. Insofern ist es positiv zu bewerten, wenn mit der vorgesehenen Gesetzesänderung eine Anpassung an die vom Bundesgesetzgeber im Zuge der Corona-Pandemie zur Sicherstellung des Fortgangs der Planungsverfahren vorgenommenen Änderungen im Raumordnungsgesetz erfolgt.

Die Änderungen betreffen vor allem die Bekanntmachung der Planungsunterlagen im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung, die nun über das Internet erfolgen soll. Hierdurch werden natürliche Ressourcen geschont und die Unterlagen sind schneller zugänglich, da keine räumliche Distanz zu überwinden ist. Trotz allem geben wir zu bedenken, dass gerade im ländlichen Raum weiterhin enormer Nachholbedarf im Hinblick auf die Internetverfügbarkeit besteht. Die vorgesehenen Änderungen dürfen nicht dazu führen, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten hier eingeschränkt wird.

Bedenken haben wir ebenso hinsichtlich der geplanten Änderungen in Artikel 1, Ziffer 4. d) und e), demnach kann in Zukunft eine Stellungnahme zu Planungsunterlagen nur noch in

elektronischer Form abgegeben werden. Die Abgabe in schriftlicher Form oder zu Niederschrift bei der Gemeinde ist nicht mehr vorgesehen. Um gerade ältere Mitbürger, die oft nicht über die nötige Technik und Kenntnis verfügen, nicht von einer Stellungnahmemöglichkeit auszuschließen, halten wir es für angebracht, die Niederschrift weiterhin zu ermöglichen. Hier könnte zum einen eine Evaluierung eingeführt werden. Stellt sich in einem gewissen Zeitfenster heraus, dass diese Möglichkeit nicht mehr wahrgenommen wird, könnte diese Form der Stellungnahme entfallen. Zum anderen könnte die Möglichkeit der Niederschrift zeitlich befristet werden bis beispielsweise 31.12.2027.

Ergänzend zu unseren Ausführungen möchten wir aber noch anregen, die Gelegenheit der Diskussion um die Novellierung des Landesplanungsgesetzes nicht nur zur Verbesserung von verfahrenstechnischen oder Digitalisierungsregelungen zu nutzen, sondern auch inhaltliche Nachschärfungen oder Ergänzungen anzugehen.

Seit vielen Jahren erleben wir, dass der Flächenverbrauch im Freistaat Thüringen nahezu ungebremsst weiterläuft, Planungen „auf der Grünen Wiese“ unverändert in vielen Fällen Standard sind und die meisten Versuche landwirtschaftliche Flächenverbrauch zu begrenzen verpuffen.

Im Kern ist es, trotz aller Strategien, immer noch zu einfach landwirtschaftliche Fläche (LF) zu überplanen, angeblichen Flächenbedarf zu „begründen“ oder in planungsrechtlichen Abwägungsverfahren agrarstrukturelle Belange niedrig oder gar nicht zu gewichten. Das bisherige Planungsrecht enthält zwar positive Aussagen zum Ziel der Verringerung der Inanspruchnahme von LF und Ansätze (wie die Vorranggebiete landwirtschaftliche Bodennutzung), diese werden aber zu oft und zu einfach ignoriert oder abgewogen, wenn andere Interessen wie Energie, Gewerbe, Wohnbebauung oder Infrastruktur aufgerufen werden. Man gewinnt den Eindruck, es gälte der Grundsatz „Landwirtschaft kann man auf einer Fläche betreiben, wenn kein anderes Planungsziel vorhanden ist, sozusagen als ultima ratio vor dem Brachliegenlassen“.

Hier kann und sollte auch das Planungsrecht stärkere Impulse setzen z.B. durch höhere Bedarfsanforderungen an die Abwägung gegen agrarstrukturelle Vorgaben (wie Vorranggebiete landwirtschaftliche Bodennutzung) oder eine höhere Verbindlichkeit des Vorrangs von Innenbereichsentwicklung oder Brachflächen-/Altflächenrevitalisierung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>Erstes Gesetzes zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5560	
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Physiker	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bekanntmachung im Wesentlichen üb. Internet - abgelehnt Unbefristete Änderung des Thür LPlG - abgelehnt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Rittersdorf, 16.09.2022	

---

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail:  
[poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

THÜR. LANDTAG POST  
19.09.2022 07:33

23185/2022

---

Rittersdorf, 16.09.2022

**Stellungnahme zum Entwurf der Landesregierung eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes vom 31.05.2022 – Drucksache 7/5550**

Sehr geehrte Mitglieder des Thüringer Landtages,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der geplanten Änderung im Thüringer Landesplanungsgesetz (ThürLPlG) soll die Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen beschleunigt und vereinfacht werden. Insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen und Raumordnungsverfahren sowie die diesbezüglichen Bekanntmachungen sollen künftig im Wesentlichen über das Internet erfolgen. Nach der Novelle sollen ein zeitgemäßer Informationszugang und Transparenz in den Planungsverfahren ermöglicht und gleichzeitig die Kosten minimiert werden. U. a. soll das ThürLPlG angeblich an die Änderungen im Raumordnungsgesetz angepasst werden, die der Bundesgesetzgeber im Laufe der COVID-19-Pandemie beschlossen hat, um den Fortgang von Planungsverfahren zu sichern.

**1. Vorbemerkungen:**

Der THLEmV bedankt sich für die Möglichkeit im schriftlichen Anhörungsverfahren zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes – Drucksache 7/5550 eine Stellungnahme abgeben zu können.

Unter Verweis auf das Vorblatt zum Gesetzentwurf sowie auf die Begründung in der Drucksache 7/5550 nimmt der THLEmV e. V. -VERNUNFTKRAFT. – Thüringen (VK TH) zum beabsichtigten Ziel und den erwarteten Auswirkungen grundsätzlich Stellung.

Der Landesverband vertritt in der Sache seine eingetragenen Mitglieder sowie 70 Thüringer Bürgerinitiativen und die betroffene Thüringer Landbevölkerung, insbes. die die keine Mitwirkungsrechte haben. So haben Landgemeinden als Hauptbetroffene, die gemäß ThürLPlG keinem „Mittelzentrum“ angehören, in den Planungsgemeinschaften keine Stimme und damit keinen Einfluss auf Beschlüsse.

Nach der Satzung ist der Zweck des eingetragenen gemeinnützigen Vereins (THLEmV) u. a.: „- die Förderung des bürgerlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger Zwecke bezüglich einer transparenten, schlüssigen, bürgernahen, vernünftigen und hinsichtlich der Emissionen gesundheitlich unbedenklicher Umsetzung der Energiewende;



- die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Thüringer Naturschutzgesetzes, des Umweltschutzes und des Hochwasserschutzes zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung durch Erhalt und den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt (Fauna und Flora), von Wald- und Forstgebieten, der Natur und der Umwelt, des Wasserhaushaltes (Grund- und Oberflächengewässer), der Atmosphäre und des Klimas sowie von land- und forstwirtschaftlichen Flächen;
- die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung vornehmlich zur effizienten Erzeugung und Speicherung sowie zum intelligenten Verbrauch erneuerbarer Energien als auch zum wirksamen und nachhaltigen Natur-, Klima- und Gesundheitsschutz.“

Demzufolge ist dem Landesverband VERNUNFTKRAFT.-THÜRINGEN (VK-TH) selbstredend an einer breiten demokratischen Mitwirkung bei der Landesplanung (Aufstellung von Raumordnungsplänen und Raumordnungsverfahren) gelegen. Dies trifft insbesondere auf Planungsprozesse beim Ausbau der „Erneuerbaren Energien“, der „Windenergie“ und der Bestimmung der „Zentralen Orte“ zu.

Der übersandte **Fragenkatalog** zum Beratungsgegenstand ist hinsichtlich der Beantwortung für den THLEmV nicht relevant. Die angeführten Fragen betreffen vor allem Vorteile, Nachteile und rechtliche Risiken der Öffentlichen Hand und nicht die Belange der betroffenen Bevölkerung bezüglich ihrer Mitwirkung. Die gestellten Fragen können in dem Sinne somit nicht beantwortet werden.

## 2. Zur Sache:

Mit der im Rahmen des o. g. Gesetzentwurfes angestrebten Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes (ThürLPIG) soll in erster Linie die Digitalisierung der im ThürLPIG normierten Verfahren als vorrangige Form der Beteiligung eingeführt werden. In der Hauptsache sehen die Änderungen u. a. für den Regionalplan keine öffentliche Auslegung bei den zur jeweiligen Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften mehr vor. Dies soll für die RPG hinsichtlich der durch sie durchzuführenden Beteiligungen nach dem ThürLPIG erhebliche technische und organisatorische Erleichterungen bringen.

### a) Zum Regelungsinhalt:

In dem der grundsätzliche Fokus auf die Bekanntmachung im Internet gelegt wird, soll ein zeitgemäßer Informationszugang geschaffen werden. Diese Zielsetzung erscheint auf den ersten Blick einleuchtend; bei genauer Betrachtung sollte aber unter den gegenwärtigen Umständen keinesfalls nur ein exklusiver Internetzugang beim Verwaltungs- und Planungsprozess erfolgen. Einmal ist die Internet-Affinität bei der Bevölkerung noch nicht sehr stark (absolut) ausgeprägt und die Infrastruktur des Internets ist im ländlichen Raum noch nicht hinreichend ausgebaut. Andererseits muss festgestellt werden, dass überwiegend die älteren Bürgerinnen und Bürger sich bewusst aktiv mit den Planungsdokumenten auseinandersetzen. Junge Menschen sind i.d.R. hinsichtlich Digitalisierung sehr aufgeschlossen, interessieren sich aber kaum für das Thüringer Raumordnungsverfahren.

In der **Realität** zeigt sich, dass die generell angestrebte Digitalisierung bei den Menschen noch nicht richtig angekommen ist. So wird z. B. festgestellt, dass im betreffenden digitalen Diskussionsforum des Thüringer Landtags zu den Fragen des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten zur „Digitalisierung von Verwaltungs- und Planungsprozessen, Entwurf vom 31. Mai 2022“ vom 04. Juli bis zum 31. August 2022 keine einzige Meinungsäußerung vorliegt, d.h. dass es nicht genutzt wurde. Wenn bislang keine Beiträge vorliegen, kann dies Ausdruck von Desinteresse, einer unzulänglichen Information und Kommunikation, bzw. das Ergebnis einer nicht praktikablen technischen Lösung (hier: Digitalisierung) sein. Alle angeführten Ursachen sind bedenklich und sollten deshalb berücksichtigt werden!

Nunmehr soll im § 10 (4) „Die Öffentlichkeit ist einzubeziehen, wenn von dem Vorhaben erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind. Zur Einbeziehung der Öffentlichkeit sind die Verfahrensunterlagen einschließlich der für die Prüfung der Umweltverträglichkeit erforderlichen Unterlagen auf Veranlassung der oberen Landesplanungsbehörde von den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirkt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Zugang der Unterlagen bei der Gemeinde während eines Zeitraums von mindestens einem Monat zur Einsicht auszulegen. Ort und Zeit der Auslegung haben die Gemeinden vorher ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass innerhalb einer von der oberen Landesplanungsbehörde bestimmten Frist Gelegenheit zur Äußerung in schriftlicher Form oder zur Niederschrift gegeben wird. ....“ indem die erste Unterstreichung durch „den Internetseiten der Oberen Landesplanungsbehörde“ **ersetzt** und die zweite Unterstreichung „in schriftlicher Form oder zur Niederschrift“ **gestrichen** werden soll.

Unbestritten ist, dass digitale Angebote Vorteile haben und zur Verwaltungsvereinfachung, ggf. auch zur Aufwandsreduzierung führen können, indem die Beteiligung im Verfahren auch auf digitalem Weg erfolgt. Dies kann aber die Auslegung der Unterlagen und die Möglichkeit der dort bislang zur Niederschrift gegebenen Stellungnahmen nicht ersetzen. Erfahrungsgemäß werden gern schriftliche Stellungnahmen (auf nicht elektronischem Weg) abgegeben, nachdem die Einsichtnahme in die Beteiligungsunterlagen über das Internet erfolgt ist. Dies liegt daran, dass die Beteiligungsunterlagen nicht immer barrierefrei sind, nur gelesen bzw. Inhalte nicht kopiert werden können.

Derart bestehen große Zweifel, ob das Ausmaß der Öffentlichkeitsbeteiligung mit den im Gesetzesentwurf enthaltenen Vorgaben (nur Internet und Thüringer Staatsanzeiger) ausreichend ist. Aus den bisherigen Erfahrungen bei durchgeführten Beteiligungsverfahren muss festgestellt werden, dass ohne die ortsüblichen Informationsquellen (z. B. Amtsblätter der Städte/Gemeinden/VG'n/Landkreise) die anstehende Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Bevölkerung nicht ankommt. Daran ändert sich auch nichts mit der Verlängerung der Auslegungsfrist auf zwei Monate, welche begrüßt wird.

Bei alleiniger digitaler Auslegung von Regionalplänen, Bauleitplänen oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträgen mit Öffentlichkeitsbeteiligung kann es vorgekommen, dass der elektronische Zugriff auf die betreffenden Internetseiten aus technischen Gründen gestört ist oder nicht während des gesamten Auslegungszeitraumes gewährleistet ist. Dies ist schon mehrfach bei der Petitionsplattform festgestellt und bemängelt worden. Siehe **Anlage 1**.

Sollte im Landesplanungsgesetz die digitale Auslegung (und Bekanntmachung) als zwingende, gesetzlich vorgesehene Beteiligungsform (bzw. Bekanntmachungsform) vorgeschrieben werden, können technische Mängel und Unterbrechungen der digitalen Auslegung als Verfahrensfehler ausgelegt werden und ggf. zur Unwirksamkeit eines Plans führen.

Wenn dem Gesetzgeber an einer demokratischen und rechtssicheren Beteiligung am Planungsverfahren gelegen ist, sollte weiterhin ein duales Verfahren (d. h. digitale und physische Auslegung) im Gesetz vorgesehen werden. Bisher war die digitale Auslegung nur begleitend. In der Praxis besteht derzeit schon die Schwierigkeit, überhaupt von der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung Kenntnis zu bekommen. In der Gesetzesnovelle sollten daher unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung beide Formen in jedem Fall (weiterhin) parallel geregelt werden.

Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen und Raumordnungsverfahren reicht es nicht aus, die Bekanntmachungen im Wesentlichen nur über das Internet zu verbreiten. Dies setzt eine permanente „Holpflicht“ voraus, die dem Bürger nicht zuzumuten ist. Auch die Veröffentlichung im Staatsanzeiger erreicht den Bürger nicht, da dieser nur bei öffentlichen Stellen und interessierten Unternehmen vorliegt.

Außerdem dürfen mögliche Vorteile für die öffentliche und staatliche Verwaltung nicht zu Nachteilen für die Bevölkerung führen (Stichwort: Verschlechterungsverbot).

Gegen eine begleitende digitale Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung auf den Internetseiten der Regionalen Planungsverbände und bei der für die Landesplanung zuständigen oberen und obersten Landesplanungsbehörde sowie im Thüringer Staatsanzeiger ist nichts einzuwenden. Der Zugang sollte jedoch absolut barriere- und kostenfrei sein. Die Auslegungszeiträume von zwei oder mehr Monaten werden absolut befürwortet.

Für interessierte Bürger ohne schnelles Internet und ausreichendes „Equipment“ sowie für ältere Menschen ohne Interneterfahrung ist es erforderlich, die vielen und komplexen Entwurfsunterlagen (incl. Kartenmaterial) zusätzlich vor Ort bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren zu den Dienstzeiten als physische Unterlagen und digital an einem Rechner einsehen und einzelne Unterlagen dort ausdrucken zu können.

Das **Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie** (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) sieht im **§ 3 Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen** eine solche Lösung vor. So sollen „andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Versendung oder öffentlich zugängliche Lesegeräte“ zur Verfügung gestellt werden. Dies erscheint u. E. besonders in umfangreichen Raumordnungsplanverfahren bezüglich einer sinnvollen und effektiven Öffentlichkeitsbeteiligung als Ergänzung zur physischen Auslegung der Papierexemplare bei den Auslegungsstellenstellen eine Verbesserung zu sein.

Die Auslegung der Planungsdokumente (Papierunterlagen) muss in den Regionen niederschwellig erfolgen! Eine Fahrt bis zur Planungsstelle der Planungsgemeinschaft oder bis zum Landesverwaltungsamt in Weimar kann Bürgern bei der Energiekostenentwicklung aus Kosten- und Zeitgründen und insbes. Rentnern nicht mehr zugemutet werden. Die zusätzliche Einsichtnahme bei Landkreisen, kreisfreien Städten und Mittelzentren ist praktisch umsetzbar.

Eine digitale Veröffentlichung der Bekanntmachung auf den Internetseiten der Landkreise, kreisfreien Städte und Mittelzentren ist von Vorteil, da Bürger diese Internetseiten zunehmend nutzen, sogar mehr als die Internetseiten der Regionalen Planungsgemeinschaften sowie des Thüringer Staatsanzeigers, der in Papierform und digital nur kostenpflichtig abonniert werden kann.

Auf alle Möglichkeiten der Einsichtnahme (z. B. digitale Einsicht und vor Ort bei den Gebietskörperschaften) sollte in der Bekanntmachung hingewiesen werden.

Außerdem sollte das verkündete Landesentwicklungsprogramm bei dem für die Landesplanung zuständigen Ministerium zwingend auf deren Internetseiten bereitgestellt werden.

b) Zur Geltungsdauer:

In der Begründung zur Gesetzesänderung des ThürLPIG wird Bezug auf das **Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie** (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) genommen. Diese Bundesregelung gilt gemäß **§ 1** Anwendungsbereich für 24 Bundesgesetze, u. a. für das **Raumordnungsgesetz** (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist. Vom Bundesgesetzgeber wurde das **PlanSiG** aus gutem Grund erstellt und **befristet**, um dringende Planungsverfahren durch Einschränkungen wegen der Pandemie- und Katastrophenlage nicht weiter zu gefährden.

In der Änderung des ThürLPIG wird **abweichend** vom Bundesrecht (PlanSiG) eine unbefristete Regelung angestrebt.

Das **PlanSiG** bestimmt im **§ 7 Inkrafttreten, Außerkrafttreten** zum relevanten Verfahren (2) Die §§ 1 bis 5 des Planungssicherstellungsgesetzes treten mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft. ...“.

Gemäß **§ 6 (2) PlanSiG** gilt:

*„Für Verfahrensschritte, bei denen von einer nach den §§ 2 bis 5 Gebrauch gemacht worden ist und die mit Ablauf des 31. Dezember 2022 noch nicht abgeschlossen sind, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes bis zum Abschluss des jeweiligen Verfahrensschrittes weiter.“*

Daher sollten die Einschränkungen (hier Nachteile) für die Beteiligten bei der Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes ebenfalls nur befristet (z. B. bis 31.12.2023) erfolgen.

Nach der Befristung könnte allerdings eine Evaluierung der neuen Regelungen hinsichtlich der Akzeptanz, sowie der nachweisbaren Verbesserung der Beteiligung und Transparenz, erfolgen.

Eine unbefristete Änderung des ThürlPIG - in der vorliegenden Fassung - wird abgelehnt.

### 3. Resümee

Abschließend wird insgesamt festgestellt:

- a) Die Aufstellung von Raumordnungsplänen und Raumordnungsverfahren sowie die diesbezüglichen **Bekanntmachungen künftig im Wesentlichen nur über das Internet** wird in der vorliegenden Fassung – aus o. a. Gründen – **abgelehnt**.
- b) Eine unbefristete Änderung des ThürlPIG - in der vorliegenden Fassung - **wird abgelehnt**.

Mit freundlichen Grüßen

#### 1 Anlage

Schreiben vom 28.11.2019 an die Landtagspräsidentin  
Frau Keller zum gestörten Zugang zur Petitionsplattform



Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller (persönlich)  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

per Mail:

[poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

Rittersdorf, 28.11.2019

Sehr geehrte Landtagspräsidentin Frau Keller,

der Vorstand des Thüringer Landesverbandes Energiewende mit Vernunft e. V. (THLEmV) beglückwünscht Sie zur Wahl als Landtagspräsidentin. Die Mehrheit der Parlamentarier hat Sie in der ersten Parlamentssitzung nach der Landtagswahl 2019 zur Präsidentin des Thüringer Landtags gewählt. Ein starker Vertrauensbeweis.

Die Aufgaben, die nun in dem neuen und hohen Amt auf Sie zukommen, erfordern eine gehörige Portion Mut, Sachlichkeit und überparteiische Entschlossenheit.

Wir wünschen Ihnen dazu einen guten Start, viel Freude bei Ihrem Tun in der laufenden Amtsperiode, loyale Mitarbeiter, die Sie unterstützen sowie in allen Dingen stets eine glückliche Hand.

Der THLEmV vertritt im Freistaat z. Z. 50 Bürgerinitiativen (BI'n) und einige Kommunen im Kampf gegen den weiteren Windenergieausbau, insbesondere in den Fragen einer unverhältnismäßigen Zerstörung von Natur und Umwelt sowie dem Wald, der Schädigung der menschlichen Gesundheit durch Lärm und Infraschall sowie der zunehmenden Beeinträchtigung der Lebensqualität im Ländlichen Raum.

In dem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass der soziale Frieden im Freistaat sowie in den einzelnen Planungsregionen nur gewahrt werden kann, wenn in einem demokratischen Prozess alle Hauptbeteiligten die Chance haben, gleichermaßen Gehör zu finden.

Das Thüringer Gesetz über das Petitionswesen vom 15. Mai 2007 (ThürPetG), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen vom 6. März 2013 gewährleistet eine Möglichkeit der demokratischer Mitwirkung.

Mittels Petitionen können sich Betroffene in eigener Sache oder für andere im allgemeinen Interesse mit Forderungen und Vorschlägen für ein Handeln oder Unterlassen an staatliche Organen, Behörden oder sonstigen Einrichtungen wenden, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Hierzu gehören auch Vorschläge zur Gesetzgebung.

Diesbezüglich wurden durch unsere Mitglieder und Betroffene Thüringer mehrere Petitionen gestartet und auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtages eingestellt.

**Links** zu den betreffenden Petitionen:

Waldschutz ist Klimaschutz

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1660>

Thüringer Wälder schützen – Windenergieanlagen im Wald verbieten

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1676>

Keine Windkraft im Wald – das Thüringer Waldgesetz ändern

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1679>

Verbot von Windenergieanlagen in Waldgebieten in Thüringen

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1665>

Keine Windräder im Wald der Vorderrhön: Gegen das Windvorranggebiet W-4 Stadtlengsfeld

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1680>

Windräder Stürzlieder Berg

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1682>

Petition zur Vorsorge vor den Gefahren durch Infraschall von Windenergie-anlagen (WEA)

<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1672>

Die Frist zur Mitzeichnung endet am 09.12.2019.

In den letzten Wochen gab es zahlreiche Beschwerden zum gestörten Zugang zur Petitionsplattform. Die Mitzeichnungszahlen haben sich kaum verändert!

Nach der erforderlichen Registrierung über das Registrierungsformular bekamen Mitzeichnungswillige entweder angezeigt: **"Wartungsarbeiten ...Wir bitten um Ihr Verständnis."** oder „Seite wurde nicht gefunden. Die Verbindung mit dem Server schlug fehl.“ oder „Ungültige E-Mail oder ungültiges Passwort“

Nach einer Auskunft am 22.11.2019 vom Petitionsausschuss im Thüringer Landtag sollte die Wartung abgeschlossen und die Zeichnung wieder störungsfrei möglich sein. Ein Test am 25.11.2019 hat allerdings ergeben, dass nach erfolgreicher Registrierung über das Registrierungsformular und der Freigabemail (nach ca. einem Werktag), das im Registrierungsformular eingegebene Passwort nicht funktionierte. Meldung: „Ungültige E-Mail oder ungültiges Passwort“. Unter „Passwort vergessen“ musste über den Button „zurücksetzen“ das Passwort noch einmal neu vergeben werden. Derart werden mitzeichnungswillige Bürger verunsichert und sogar verärgert.

Die Prozedur zur Onlinezeichnung ist u. E. viel zu aufwendig und sehr störanfällig. So wird u. U. nicht nur die Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung behindert sondern auch bewirkt, dass ggf. die Erreichung des Quorums einer oder mehrerer Petitionen nicht zustande kommt. So kann „mehr Basisdemokratie“ nicht funktionieren.

Sehr geehrte Landtagspräsidentin,

der THLEmV bittet Sie aus den vorgenannten Gründen die Mitzeichnungsfrist der o. a. Petitionen angemessen zu verlängern sowie dazu die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

27421/2022

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Drs. 7/5550)		
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes / der Änderungsanträge aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 02.11.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 7/5550											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Geschäftsfax (0361) 2 20 50 - 50</td> <td><b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Geschäftsfax (0361) 2 20 50 - 50	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform										
<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Geschäftsfax (0361) 2 20 50 - 50	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Interessanwaltschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	Beibehaltung der ursprüngl. Gesetzgebung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (bitte weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtontransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21/10/2022	

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**